

# Biographisches

## Johann Knief – Biographisches zu seinem Platz in der Geschichte der deutschen Linken<sup>1</sup>

Gerhard Engel

„Als Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg uns genommen waren, da drückten wir uns schweigend die Hände und irgend jemand sagte: ‚Johann Knief.‘“ So schrieben Chemnitzer Kommunisten um Fritz Heckert in ihrem Nachruf auf den charismatischen und weit über Bremen und den Nordwesten Deutschlands hinaus bekannten Johann Knief, der am 6. April 1919 wenige Tage vor seinem 39. Geburtstag verstorben war. Und sie fügten hinzu, er sei ausgestattet gewesen „mit dem Feuergeist eines Liebknecht und der ruhigen sachlichen Überlegenheit und revolutionären Tatkraft eines Lenin“.<sup>2</sup> Selbst wenn man von dem über das Ziel hinauschießenden Pathos eines solchen Nachrufs absieht, bleibt: Knief ist in einer Reihe mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg genannt. Ihm wurde Verehrung zuteil; er zählte zu den Hoffnungsträgern der linken Strömung in der deutschen Arbeiterbewegung. Wer war dieser Mann?

Johann Heinrich Knief, den seine Freunde Jan oder auch Jean nannten, war der am 20. April 1880 in der Bremer Osterstraße geborene Sohn des Küpers, dann Obst-

---

1 Der folgende Text ist die geringfügig bearbeitete Fassung eines Vortrages, der am 16. April 2005 in Berlin während eines Kolloquiums anlässlich des 125. Geburtstages von Johann Knief gehalten wurde. Folglich sind zwar die Zitate vollständig belegt, aber Quellen- bzw. Literaturhinweise nur zu ausgewählten der angeführten Fakten beigefügt. Insgesamt stützt sich der Autor hinsichtlich des Materials auf Gerhard Engel: Die politisch-ideologische Entwicklung Johann Kniefs (1880-1919). Untersuchungen zur Geschichte der Bremer Linksradikalen, Phil. Diss., Berlin 1967; ders: Johann Knief und die Bremer Linken in der Vorgeschichte der KPD (Fichte-Schriften der Humboldt-Universität zu Berlin, Bd. 5), Berlin 1968, S.11-72; Karl Ernst Mohring: Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890-1914, Hannover 1968; Erhard Lucas: Die Sozialdemokratie in Bremen während des ersten Weltkrieges, Bremen 1969; Peter Kuckuk: Bremer Linksradikale bzw. Kommunisten von der Militärrevolte im November 1918 bis zum Kapp-Putsch im März 1920. Ihre Politik in der Hansestadt und in den Richtungskämpfen innerhalb der KPD, Phil. Diss., Hamburg 1970; Wilhelm Eilderemann: Jugend im ersten Weltkrieg. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Berlin 1972; Herbert Schwarzwälder: Johann Knief (1880-1919). Vom Volksschullehrer zum kommunistischen Revolutionär, in: ders: Berühmte Bremer, München 1972, S.152-202; Die Bremer Linksradikalen. Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung, hrsg. von der Gruppe „Arbeiterpolitik“, Bremen 1979; Gottfried Mergner: Johannes Knief und seine Region, Teil I u. II, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr. 1, Berlin 1980, S.85-117 bzw. Nr. 2, Berlin 1980, S.45-89; Doris Kachulle (Hrsg.): Die Pöhlands im Krieg. Briefe einer sozialdemokratischen Bremer Arbeiterfamilie aus dem 1. Weltkrieg, Köln 1982; Peter Kuckuk: Bremen in der deutschen Revolution 1918-1919, Bremen 1986; Viktor A. Artemev: Iogann Knif [Johann Knief], Moskva 1990; Herbert Schwarzwälder: Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 2 u. 3, Bremen 1995.

2 Der Kämpfer (Chemnitz und Zwickau), 11.4.1919.

und Gemüsekrämers Johann Knief und seiner Frau Anna, geb. Hüffermann. Er war eines von fünf Geschwistern.<sup>3</sup>

Johann wuchs in einer Stadt auf, die sich seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts in stürmischem Tempo von einer Stadt der Seereederei und des Handels in ein industrielles Ballungszentrum verwandelte. Neben den expandierenden Reedereien und der Hafenwirtschaft entfaltete sich eine mächtige Werfindustrie mit der Aktiengesellschaft „Weser“ als Zentrum. Transportschiffbau und erst recht die maritime Aufrüstung des wilhelminischen Deutschlands ließen die Profite wachsen. Auch viele andere an Seeverkehr und Hafenwirtschaft gebundene Industriebetriebe schossen wie Pilze aus dem Boden. Infolge des rasanten industriellen Aufschwungs verschob sich die Bevölkerungsstruktur der Heimatstadt Kniefs deutlich zugunsten des Industrieproletariats. Zehntausende strömten nach Bremen, bereits erfahrene Facharbeiter, aber auch zahlreiche Arbeitskräfte aus ländlichem und kleinstädtischem Milieu. Sie konzentrierten sich vor allem in der Schiffs- und Maschinenbauindustrie. Soziale Konflikte zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft sowie politische Auseinandersetzungen zwischen Bevölkerung und Staatsbehörden waren vorprogrammiert. Friedrich Ebert, 1891-1905 einer der führenden sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre in der Hansestadt, erklärte 1904: „Auch unter den relativ kleinen Verhältnissen, unter denen das bremische Staatsleben sich abspielt, macht sich der Charakter eines Klassenstaates scharf bemerkbar. Und das nicht nur in finanzwirtschaftlicher, sondern vor allem auch in sozialpolitischer Hinsicht.“<sup>4</sup> Die SPD und die Gewerkschaften stärkten ihre Reihen. Bis 1907 wuchs die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten auf über 26.000; die sozialdemokratische Parteiorganisation stützte sich auf mehr als 9.000 Mitglieder.<sup>5</sup> Anerkannte revolutionäre Sozialdemokraten wie Heinrich Schulz, Alfred Henke und Wilhelm Pieck prägten ihre Organisiertheit, ihr Bildungswesen und ihr Presseorgan, die „Bremer Bürgerzeitung“. Die revolutionäre, marxistisch orientierte Sozialdemokratie drückte den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aktionen der Arbeiterbewegung Bremens den Stempel auf.

Das Elternhaus Kniefs jedoch gehörte in das kleinbürgerliche Milieu. Der Vater engagierte sich gelegentlich für den Linksliberalismus. Politik gehörte nicht zum Gesprächsstoff der Familie.<sup>6</sup> Johann erwies sich zwischen 1887 und 1895 als fleißiger Schüler. Die deutsche Sprache, Geographie und Geschichte waren seine Lieblingsfächer. Nach dem Schulabschluß folgte Knief dem Wunsch der Eltern und bezog das bremische Lehrerseminar, um Volksschullehrer zu werden.<sup>7</sup> Sechs Jahre lang akkumulierte er Wissen, weit über die Norm des Seminars hinaus. Er las Werke

<sup>3</sup> Siehe Schwarzwälder, Johann Knief, S.152f.

<sup>4</sup> Friedrich Ebert: Die Organisation der bremischen Sozialdemokratie, in: Bremen und die Sozialdemokratie. Festschrift zum Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Bremen 1904, Bremen 1904, S.66f.

<sup>5</sup> Siehe Moring, Sozialdemokratische Partei, S.221.

<sup>6</sup> Siehe Johann Knief: Briefe aus dem Gefängnis, Berlin 1920, S.41; Alfred Henke: Johann Knief tot, in: Bremer Arbeiter-Zeitung, 7.4.1919.

<sup>7</sup> Über Kniefs Zeit im Lehrerseminar siehe Engel, Entwicklung, S.35-37; Schwarzwälder, Johann Knief, S.155.

von Ernst Haeckel und Charles Darwin, die ihn in den Grenzen des damals um sich greifenden Monismus, der – naturwissenschaftlich begründet – die materielle Einheit der Welt lehrte, einer materialistischen Weltanschauung näherbrachten. Er bildete seine musischen Interessen und Fähigkeiten aus, vor allem in Literatur, Musik und Theater. Er erlernte das Geigenspielen bis zu einer Fertigkeit, die ihn später befähigen sollte, mit der Frau Anton Pannekoeks anspruchsvolle Hausmusik zu spielen.<sup>8</sup> Die Seminarjahre konfrontierten ihn zugleich mit dem preußisch-militaristischen Ungeist, von dem auch das Lehrerseminar in Bremen, der Stadt mit einem relativ liberalen Schulsystem, nicht verschont blieb. Knief erinnerte sich daran später mit den Worten: „Die preußisch-deutschen Seminare legen es planmäßig darauf an, alles Selbständige in den Zöglingen auszureißen, mit Stumpf und Stiel zu vertilgen [...]. Indem ich mich diesem geschlossenen System restlos hingab und seine Wirkungen ganz auskostete, lernte ich es von innen und außen kennen und – hassen.“<sup>9</sup>

### *Lehrer in Bremen*

Als Knief 1901 in den bremischen Schuldienst eintrat, stand er der Politik zwar noch fern, aber er brachte einen kritischen Geist mit. Sehr bald gehörte er zu den aktiven Verfechtern der demokratischen Schulreformbewegung, die in Bremen mit Fritz Gansberg und Heinrich Scharrelmann führende Köpfe hatte. Ihre sozialpädagogischen Einheitsschulpläne besaßen deutliche Berührungspunkte mit dem Erfurter Programm und den schulpolitischen Forderungen der sozialdemokratischen Parteitage in München 1902 und Mannheim 1906. Wie auch andere Lehrer auf dem radikaldemokratischen Flügel der Schulreformer ging Knief mehr und mehr von der Überlegung aus, daß eine wirkliche und dauerhafte Reform von Bildung und Schule nur als Teil einer sozialistischen Umgestaltung der gesamten Gesellschaft gelingen würde. So wurde sein Engagement in den Bremer Schulkämpfen seine eigentliche politische Lebensschule, in der er sich aus seinen „tausend bürgerlichen Häuten“<sup>10</sup> herausarbeitete.

Das nicht nur für die deutsche Arbeiterbewegung so wichtige Jahr 1905 war auch eine Zäsur im Leben des jungen Volksschullehrers Johann Knief. Vor dem Hintergrund der russischen Revolution, in den Debatten um den politischen Massenstreik, in den Aktionen der Werftarbeiter und in den Auseinandersetzungen um die Etablierung einer selbständigen, marxistisch orientierten Arbeiterbildung verstärkten die revolutionären Sozialdemokraten Bremens ihre dominante Stellung in der Parteiorganisation; ihre linke Strömung gewann im steigenden Maße bestimmenden Einfluß. Dadurch wurde in Bremen sehr eindeutig die revolutionäre Sozialdemokratie nicht nur zur unbestrittenen Repräsentanz eines weiter wachsenden Proletariats, sondern sie gewann auch Autorität bei anderen gesellschaftlichen Kräften, die sich im Konflikt mit der Gesellschaftsordnung oder einer ihrer Lebensäußerungen befanden und nach Bundesgenossen für ihre Anliegen suchten.

<sup>8</sup> Siehe Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), NY 4004/1, Bl. 48.

<sup>9</sup> Knief, Briefe, S.24f.

<sup>10</sup> Ebenda, S.25.

Ein derartig begründetes Verhältnis begann sich seit 1905 zwischen der bremischen Sozialdemokratie und der demokratischen Volksschullehrerbewegung zu entwickeln. Je heftiger die Auseinandersetzungen um eine progressive Schulpolitik geführt wurden, desto mehr wuchs der Einfluß der sozialdemokratischen Lehrer um Wilhelm Holzmeier und Emil Sonnemann auf die Gesamtbewegung.<sup>11</sup> Dieser Einfluß wurde auch bestimmend für Kniefs politische Entwicklung. In den schulpolitischen Kämpfen der Volksschullehrer lernte er die Sozialdemokratie kennen. Knief wandte sich dem Marxismus zu. Er wurde Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). In einem Verhör im Jahre 1918 erklärte er: „Das erste sozialistische Buch, das ich während dieser Zeit [...] las, war Engels' ‚Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft‘. Von da an trat das sozialistische Problem für mich immer mehr in den Vordergrund.“<sup>12</sup> Und in einem seiner Gefängnisbriefe aus dem gleichen Jahr erinnerte er sich mit folgenden, für seine Persönlichkeit charakteristischen Worten an die Voraussetzungen, unter denen er Sozialdemokrat geworden war: „Es gehörte der ganze, in langen Jahren entwickelte [...] Groll gegen ein System dazu, das den Kräfte Suchenden nicht zu Kräften kommen ließ [...]. Und die Empörung über tausend und abertausend Ungerechtigkeiten. Und es gehörte mein eigener Drang nach einer besseren höheren Bildung dazu [...]. Und dieses unbändig starke Mitgefühl mit den Armen und Unterdrückten, eine grenzenlose Liebe zu den Verlassenen und Vernachlässigten, ein unhemmbarer Trieb, gerade den Elenden Freude zu bereiten [...]. Und zuletzt meine unerbittliche Selbstanalyse, die mich in Stand setzte, auch die objektive Welt zu analysieren, diese Kritik, die vor niemand und nichts Halt machte, [...] alles gehörte dazu, um mich [...] zum Sozialisten zu machen.“<sup>13</sup>

Als Autor der Monatsschrift „Roland. Organ für freiheitliche Pädagogik“ und als Vorstandsmitglied des Bremer Lehrervereins bewegte sich Knief mehr und mehr nach links, er wurde zum Sozialdemokraten der linken Strömung in der Partei. Während viele fortschrittliche Lehrer ein Bündnis mit der Sozialdemokratie nur wegen der erwarteten Unterstützung in schulreformerischen Bestrebungen anstrebten, forderte Knief dieses Bündnis des revolutionären Gesamtziels wegen, dem er die schulpolitischen Fragen ein- und unterordnete. Knief wurde ein führender Kopf in dem von Heinrich Eildermann begründeten „Verein junger Lehrer“, einem Zusammenschluß des linken Flügels der bremischen sozialdemokratischen Lehrer im Bremer Lehrerverein. Sie nannten sich die „Jakobiner“ des Vereins und wurden wegen ihrer erhöhten Sitze im Versammlungssaal der „Berg“ genannt. Knief nannten sie den „Marat“ des Lehrervereins.<sup>14</sup> Knief beschränkte seine rastlosen Aktivitäten keineswegs nur auf die Schulpolitik. Er bildete sich autodidaktisch weiter, hielt in Arbeiterversammlungen und in der Arbeiterjugend-

---

11 Zur bremischen Lehrerbewegung siehe Dirk Hagener: Radikale Schulreform zwischen Programmatik und Realität. Die schulpolitischen Kämpfe in Bremen vor dem Ersten Weltkrieg und in der Entstehungsphase der Weimarer Republik, Bremen 1973, bes. S.79-101.

12 Bundesarchiv (BArch), R 3003, J 205, 18, Bl. 37.

13 Knief, Briefe, S.48.

14 Siehe Engel, Entwicklung, S.67f.

organisation „Junge Garde“ Vorträge, übte sich als Publizist in Clara Zetkins „Gleichheit“ und beteiligte sich an der Kulturarbeit der bremischen Sozialdemokraten.<sup>15</sup> In dieser Zeit gründete Knief auch eine Familie. Er heiratete Katharina (Käthe) Müller, die Tochter eines Tischlermeisters. Beide hatten zwei Söhne: Harold (1910-1948) und Walter (1914-1941).<sup>16</sup>

Als die Schulbehörde den sozialdemokratischen Lehrer Wilhelm Holzmeier durch Suspension maßregelte, sorgte Knief, angeregt durch Wilhelm Pieck, für eine öffentliche Demonstration der Zusammengehörigkeit der sozialdemokratischen Lehrer mit ihrer Partei. Er verfaßte das berühmte Lehrertelegramm zum 70. Geburtstag August Bebels. Es war die Initialzündung für große Aktionen der Bremer Arbeiter zur Unterstützung der rebellierenden Lehrer, Aktionen, die in den beachtlichen Bremer Beitrag zu den Wahlrechtskämpfen der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1910 einmündeten.<sup>17</sup> Rosa Luxemburg kam nach Bremen.<sup>18</sup> Karl Liebknecht würdigte die „tapferen Kämpfer in der Lehrerschaft“.<sup>19</sup> Knief schrieb später über das Jahr 1910: „Man schwamm auf der Hochflut des politischen Lebens und erwarb sich das Patent für große Fahrt.“<sup>20</sup>

#### *Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung“*

Große Fahrt aber nahm er 1911 auf. Er quittierte den Schuldienst und folgte dem Ruf des Chefredakteurs Alfred Henke, der ihm eine Stelle in der politischen Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ anbot. Schon seit 1909 hatte Knief als Korrespondent über schulpolitische Themen sowie seit 1910 auch als offizieller Rezensent für Theater und Konzert an dem linksorientierten Blatt der Bremer Sozialdemokraten mitgewirkt.<sup>21</sup> Mit dem Übergang in die hauptberufliche Parteiarbeit schloß eine Entwicklungsetappe, in der sich Knief zum Marxisten entwickelt hatte, der seinen Platz unter den Linken in der Sozialdemokratie sah. In gewisser Weise nahm er fortan die Stelle Wilhelm Piecks in der Bremer Parteiorganisation ein, der 1910 zum Zentralbildungsausschuß nach Berlin gewechselt war.

Die „Bremer Bürgerzeitung“ war unter Henkes Leitung eines der wenigen sozialdemokratischen Blätter, die nicht reformistisch redigiert wurden. Rosa Luxemburg und Franz Mehring z. B. gehörten zu ihren Autoren, Anton Pannekoek, seit 1910 in Bremen, und Karl Radek, der sich 1912 dort ansiedelte. Beide übten auf Knief einen erheblichen Einfluß aus. Er verteidigte die theoretischen Positionen und die Verhaltensweisen beider, gegebenenfalls auch gegen Positionen von Franz Mehring oder Rosa Luxemburg.<sup>22</sup> Am meisten aber prägten ihn die zunehmenden Konflikte mit Alfred Henke. Ursprünglich war das Verhältnis zwischen Knief und

15 Siehe ebenda, S.69f.

16 Siehe Schwarzwälder, Johann Knief, S.158.

17 Siehe Moring, Sozialdemokratische Partei, S.122f.

18 Siehe Annelies Laschitzka: Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996, S.337.

19 Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. II, Berlin 1960, S.408.

20 Knief, Briefe, S.44.

21 Siehe Engel, Entwicklung, S.87f.

22 Siehe SAPMO-BArch, NY 4004/2, Bl. 32-39.

Henke, den man in Bremen zurecht zu den „Radikalen“ zählte, von völligem Einvernehmen geprägt. Henke vertraute Knief, als er seit seinem Einzug in den Reichstag 1912 häufig abwesend sein mußte, faktisch die Leitung der „Bremer Bürgerzeitung“ an.<sup>23</sup> Henke begann jedoch, Kniefs eindeutige Orientierung des Blattes auf die Positionen der Linken zu bremsen, so z. B. 1913 in der erregten Debatte über die Haltung der Reichstagsfraktion in der Wehrdebatte und die in diesem Zusammenhang geführte neuerliche Diskussion über den politischen Massenstreik, in der sogenannten Radek-Affäre oder durch Versuche, die Bindungen Kniefs an Pannekoek zu lockern. Knief hingegen versuchte, den Einfluß Henkes auf den Alltag der Zeitung auszubremsen und mit der Anstellung des Hamburgers Paul Frölich den linken Flügel der Redaktion zu stärken. Er schrieb über die „Verbeugungskunststücke des Generals: Er verneigt sich neuerdings nach sämtlichen Richtungen: das ist ein ganz schlauer Trick; damit ködert er die ungeheure Masse der Kritiklosen. Taktisch gesprochen ist das Vorstandspolitik in reinsten Form.“<sup>24</sup> Im Alltag der Redaktion lernte er also die politische Kompromißbereitschaft von Mandatsträgern der Partei kennen, die weithin als Radikale galten. Später erklärte er den Konflikt mit den Worten: „Henke [...] vertrat den Standpunkt des Parteizentrums [...], während ich den Standpunkt der Linksradikalen unter der Führung von Rosa Luxemburg und Dr. Anton Pannekoek einnahm.“<sup>25</sup> Diese Erfahrungen bestimmten wesentlich sein späteres tiefes Mißtrauen gegen die zwischen Liebknecht und der Parteivorstands- und Fraktionsmehrheit angesiedelte Politik der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (SAG) bzw. der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Diese Haltung entsprach zudem wesentlichen Charaktereigenschaften Kniefs. Viele Zeitgenossen bescheinigten ihm eine unbedingte Kompromißlosigkeit im Streit der Meinungen. Zudem wird in dem zitierten Satz deutlich, was Knief unter dem Begriff Linksradikalismus verstand: Nicht die Abgrenzung von den deutschen Linken außerhalb Bremens war gemeint, sondern die Abgrenzung von den radikalen, d. h. der revolutionären Orientierung der SPD folgenden Sozialdemokraten, die aber nicht mit der gleichen Entschiedenheit wie die linken Radikalen gegen Revisionismus und Reformismus in der Arbeiterbewegung auftraten. Deshalb ist es auch unzulässig, bereits aus der Selbstbezeichnung der Bremer Linken als Bremer Linksradikale Schlüsse auf Züge von Anarcho-Syndikalismus, Gewerkschaftsfeindlichkeit, besonderer Gewaltbereitschaft, Sektierertum usw. zu ziehen. Knief folgte der von Pannekoek in der Auseinandersetzung mit Karl Kautskys „Ermattungsstrategie“ getroffenen Feststellung, es gäbe in der Partei „zwei radikale“ und „eine revisionistische“ Strömung.<sup>26</sup>

Kniefs Position als führender Kopf der Linken in Bremen war am Vorabend des ersten Weltkrieges unbestritten. Er genoß höchstes Ansehen bei den Werftarbeitern, deren Kämpfe 1910 und 1913 er vorbehaltlos unterstützt hatte. Verehrung brachte

---

23 Siehe die Briefe Henkes an Knief 1912-1913, SAPMO-BArch, NY 4004/1.

24 SAPMO-BArch, NY 4020/11, Bl. 18.

25 BArch, R 3003, J 205, 18, Bl. 38.

26 Siehe Engel, Entwicklung, S.119.

ihm die sozialdemokratische Jugend entgegen, für deren Bildung und kulturelles Leben er große Anstrengungen auf sich nahm. In allen grundsätzlichen Fragen teilte er die Positionen der geistigen Spitzen der linken Strömung, wann immer es um die Verteidigung des revolutionären Charakters der Sozialdemokratie und ihrer marxistischen Grundlagen, um prinzipiellen Antimilitarismus, um die Ausweitung der außerparlamentarischen Kampfmittel bis zum politischen Massenstreik oder um die umfassende Bildung des jugendlichen Nachwuchses der Sozialdemokratie ging, die dem Lehrer doppelt am Herzen lag.

Im Kampf gegen den drohenden imperialistischen Krieg vertrat die „Bremer Bürgerzeitung“, solange Knief einen maßgebenden Einfluß auszuüben vermochte, mit aller Konsequenz die Beschlüsse, welche die Kongresse der II. Internationale gegen den Krieg und für den Fall eines Krieges gefaßt hatten. Sie unterstützte die Massenkampfbewegungen der indessen über 15.000 Sozialdemokraten und mehr als 38.000 Gewerkschaftsmitglieder<sup>27</sup> der Hansestadt am Vorabend des Krieges. In der Sache nahmen ihre Artikel gegen den Krieg den Satz Liebknechts vorweg, der den von ihm im Mai 1915 formulierten Aufruf der Gruppe „Internationale“ beschloß: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“<sup>28</sup> Das Blatt demaskierte von vornherein die Losung vom antizaristischen Verteidigungskrieg und ließ keinen Zweifel an dem imperialistischen Charakter des heraufziehenden Krieges.<sup>29</sup>

Wie viele den Behörden bekannte linke Sozialdemokraten, gehörte auch Knief zu den ersten, die sich gleich zu Beginn der Mobilmachung bei ihrem Truppenteil zu melden hatten.<sup>30</sup> Er war zutiefst davon überzeugt, daß der volksfeindliche Krieg die Massen revolutionieren und der sozialistischen Bewegung gegen den Krieg und die sozialdemokratischen Kreditbewilliger einen bedeutenden Aufschwung verleihen würde. An seinen Freund Rudolf Franz, linker Weggefährte in der Feuilletonredaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ und nun „Vorwärts“-Redakteur in Berlin, schrieb er: „Unsereiner geht jetzt leichten Herzens; das Debakel der Fraktion deutet auf den endgültigen Schluß des Nurparlamentarismus. Der Krieg wird das übrige tun. Die Demoralisation der Fraktion ist nicht mehr aufzuhalten. Es lebe die Zukunft.“<sup>31</sup> Kniefs zornige Reaktion auf die Burgfriedenspolitik und seine Erwartung, es werde sehr bald zu einer Abrechnung der Massen mit den bisherigen Führern kommen, wurde durch den Umstand genährt, daß er sich als Soldat in einer Einheit befand, zu der sehr viele linke Sozialdemokraten aus Bremen einberufen worden waren, die gleich ihm dachten. Ihre Stimmung reflektierend, verurteilte er den „Verrat, den die massenlosen Führer an den Arbeitern begangen haben [...]“. Nicht die Arbeiterbewegung hat eine Niederlage erlitten, sondern nur ihre Führerschaft [...],“ schrieb er am 23. August 1914, „dieser Krieg wird den

27 Siehe Moring, Sozialdemokratische Partei, S.221.

28 Siehe Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, Berlin 1958, S.162-166.

29 Siehe Bremer Bürger-Zeitung, 31.7.1914.

30 Siehe SAPMO-BArch, NY 4020/11, Bl. 45.

31 SAPMO-BArch, NY 4020/11, Bl. 47.

Massenaktionen eine Bahn brechen helfen.<sup>32</sup> Solche optimistischen, zukunfts-sicheren Äußerungen enthalten Kniefs Briefe auch noch auf dem Weg an die Front und nach dem ersten Gefecht. Keine Spur von Niedergeschlagenheit, sondern eher Illusionen über die Stimmung und den Handlungsspielraum der Massen, über die Dauer des Krieges und über die Selbstverständlichkeit, daß er mit revolutionären Mitteln beendet werden würde. Doch das Inferno des Stellungskrieges nach der Marneschlacht, das Knief in der Gegend von Noyon im September/Oktober 1914 erlebte, sollte bei vielen Teilnehmern dieses ersten unter Einsatz von Riesenheeren und gewaltiger Waffentechnik geführten Krieges die ursprünglichen Vorstellungen vom Krieg und seinen Wirkungen beträchtlich übertreffen und relativieren. Knief erlitt einen Nervenzusammenbruch und wurde am 20. Oktober in ein heimatliches Lazarett zurücktransportiert. Im Frühjahr 1915 mußte man ihn für heeresdienstuntauglich erklären, nach einem längeren Genesungsaufenthalt in dem Dorf Wedehorn südlich von Bremen konnte er erst im Oktober 1915 wieder aktiv in das Geschehen in der Bremer Parteiorganisation eingreifen.

Aber auch in der Zeit relativer Isolierung hielt er Kontakt mit ihr und anderen Linken. Namentlich begrüßte er begeistert das öffentliche „Nein“ Karl Liebknechts zu den Kriegskrediten. Über Rudolf Franz unterhielt er Beziehung zu den führenden Linken in Berlin. Er bestellte Grüße an Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Hermann Duncker. Über Mehring hatte er Kenntnis von dem oppositionellen Zirkel, der sich in Berlin-Steglitz um diesen gebildet hatte und zu dem auch Julian Marchlewski, Wilhelm Pieck, Hermann Duncker und Ernst Meyer zählten. Sie alle gehörten wenig später zum Kern der Gruppe „Internationale“. Besonders für Franz Mehring empfand er größte Hochachtung; er betrachtete ihn als seinen Lehrer.<sup>33</sup> Er hoffte, die Linken würden alsbald ein gegen den Krieg und die Burgfriedenspolitik aufklärendes Mitteilungsblatt zustande bringen. Weil Radek in Julian Borchardts „Lichtstrahlen“ mitarbeitete, überlegte er, ob man nicht dieses Periodikum ausbauen könnte.<sup>34</sup> Doch immer wieder verfiel er auch in nervliche Depressionen. Er erinnerte sich an seinen ersten Nervenzusammenbruch 1908 und schrieb: „Meine momentane Nervosität ist aus ganz ähnlichen Nöten entstanden, wie die von 1908. Damals hatte mich das Schulsystem zermürbt, jetzt ist es das viel brutalere und doch raffiniertere Militärsystem. [...] Ich leide eben unter diesem System, ich kann den Zwang eines solchen mir in allen seinen Äußerungen feindlichen Systems nicht über mir dulden.“<sup>35</sup> So erklärt sich, daß wir in dieser Zeit auch Formulierungen voller blindwütigen Haß, bloße Verdikte statt sachliche Kritik finden. Sein Zorn auf die offiziellen Instanzen der Sozialdemokratie wuchs um so mehr, als seine Versuche, durch publizistische Arbeiten, z. B. für die „Neue Zeit“, zum Lebensunterhalt seiner Familie beizutragen, blockiert wurden und ihm die Bremer Parteiinstanzen trotz seiner völligen Mittellosigkeit nach der Zahlung der Lazarettkosten die Wiederherstellung seines Gehaltsverhältnisses an der „Bremer Bürgerzeitung“ verweigerten.

---

32 Ebenda, Bl. 53f.

33 Siehe ebenda, Bl. 54, 59, 79, 86.

34 Siehe ebenda, Bl. 97.

35 Ebenda, Bl. 84f.

Im Juni 1915 fluchte er: „Was sind doch die Preußen für anständige Leute gegen diese Schweinehundel! Man sollte zu den Preußen gehen, um wenigstens mit anständigen Leuten verkehren zu können. Das ist doch den Rotz nicht wert, den man auf solchen Scheißhaufen spucken möchte. [...] Aber was soll man gegen das Parteigeziefel machen; es ist ja tausendmal gemeiner und untillgbarer als alle russischen Läuse zusammen.“<sup>36</sup> Natürlich mußten diese persönlichen Erfahrungen und Kränkungen die Art und Weise beeinflussen, in der sich Knief in den Folgejahren mit den Parteiproblemen auseinandersetzte. Seine Kommentare über die „in Grund und Boden gestampfte“ Mehrheit der Parteipresse und den „schauerlichen Tiefstand der N[eu]en Z[eit]“<sup>37</sup>, über die vom „Geist des 4. August“ geprägten, z. T. annektionistischen Auslassungen von Wolfgang Heine und Konrad Haenisch<sup>38</sup> sind voller sarkastischem Hohn und Spott. „Ich hacke Holz und spalte mit jedem Schlag den Scheidemännern den Schädel,“ schrieb Knief aus dem Dorf Wedehorn, „ich miste aus und habe auf jeder Gabel einen Haufen Parteidreck.“<sup>39</sup> In seinem Haß auf die sozialdemokratische Organisationsbürokratie in Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften ging er schließlich so weit, diese und die staatliche Bürokratie gleichzusetzen, ja, er erklärte gar: „Und darum ist der schlimmste Feind der Arbeiterschaft nicht der kapitalistische Staat, sondern ihre reaktionären Organisationen. Hier ist der Kampf der nächsten Zukunft zu führen [...]. Mit diesem Bollwerk des kapitalistischen Staates fallen die Bastionen und Türme wie von selbst.“<sup>40</sup> Während Wladimir I. Lenin unter Zerstörung der alten Partei das Aufgeben der fiktiven Einheit der alten sozialdemokratischen Parteien und die Herausbildung eigenständiger Parteien der unterschiedenen Linken verstand,<sup>41</sup> meinte Knief in dieser Zeit, man müsse nur die überkommenen Organisationen zerstören, dann werde der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft in greifbare Nähe rücken. Die Forderung nach einer linksradikalen Partei erhob er zunächst nicht. Zeitweilig setzte er Erwartungen in anarcho-syndikalistische Methoden. Das Zertrümmern der alten Organisationen werde „wahrscheinlich mit starkem anarchistisch-syndikalistischen Einschlag geschehen,“<sup>42</sup> schrieb er. „Wir haben in Deutschland zu große Angst vor diesen Dingen gehabt.“<sup>43</sup>

Verzweiflung über die Lage, Ungewißheit über die Perspektiven der Arbeiterbewegung und die relative Isolierung vom alltäglichen Geschehen in der allmählich sich formierenden Antikriegsbewegung erschütterten seinen historischen Optimismus und verwirrten sein Denken. Zeitweilig verlor er jedes Vertrauen in die Massen, auf die er eben noch euphorisch gesetzt hatte. Er beklagte sich bitter über ihre „revolutionäre Unreife“. Nachdem ein Entrüstungssturm gegen die Burgfrie-

---

36 Ebenda, Bl. 73f.

37 Ebenda, Bl. 108.

38 Siehe SAPMO-BArch, NY 4020/12, Bl. 32, 56f.

39 Ebenda, Bl. 30.

40 Ebenda, Bl. 64.

41 Siehe Wladimir I. Lenin, Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S.235, 245, 248.

42 SAPMO-BArch, NY 4020/12, Bl. 39.

43 Ebenda, Bl. 62.

denspolitik nach dem 4. August 1914 ausgeblieben war und Liebknechts Signal vom 2. Dezember zunächst nur ein bescheidenes Echo hatte, wurde Kniefs Denken für kurze Zeit von Zorn und Pessimismus geprägt. Immer häufiger ist vom Versagen der Massen die Rede. Zweifel an der revolutionären Perspektive, die er anfangs als elementare Alternative zum imperialistischen Krieg gesehen hatte, bestimmen viele seiner Äußerungen: „Was wird nun werden? Wissen wir's? Wird die Masse wirklich mittun? Wird der Krieg wirklich die große Umwälzung bringen? Wird ein katastrophales Jahr die Arbeit von 40 Agitationsjahren vernichten? Werden die Massen wirklich einen neuen Menschen anziehen? Es läßt sich noch wenig darüber sagen.“ Oder: „Daß wir eine große Umwälzung vornehmen könnten, daran glaube ich nicht.“<sup>44</sup> Immerhin werde der Krieg Massenaktionen in Gang setzen, diese aber würden bestenfalls zu „Umwälzungen“ führen, die „nur bürgerlich-revolutionären, nicht aber sozialistischen Charakter tragen.“<sup>45</sup> Dies war aus Enttäuschung formuliert, nicht als Einsicht in Realitäten und daraus zu folgernde Konsequenzen für die Strategie und Taktik der Linken. Aus Pessimismus, Enttäuschung und Ungeduld sprach die schmerzhaft Einsicht in die Schwäche der Linken. Anfang Januar 1915 hatte Knief geschrieben: „Ja du lieber Gott, wer sind denn wir – und wer sind die andern? Wir sind zunächst ein winzig kleines Häuflein; eine Minorität, wie sie geringer kaum gedacht werden kann.“<sup>46</sup> Aber er hatte „zunächst“ geschrieben. Je mehr er genas, desto mehr wuchs seine Entschlossenheit, dieser Minorität Einfluß zu verschaffen.

Knief wurde sich 1915 darüber klar, daß die Einheit der Sozialdemokratie durch die Burgfriedenspolitik ihrer Führungsmehrheit faktisch aufgehoben war. Burgfriedenspolitik und Kampf gegen den imperialistischen Krieg schlossen sich als Antagonismen gegenseitig aus. Mit Zustimmung reagierte er auf die Anstrengungen der Gruppe „Internationale“, Aufklärung über den Krieg, seine Nutznießer und Befürworter zu verbreiten. Die erste Nummer der Zeitschrift „Die Internationale“ „habe ich mit Wonne verschlungen“, schrieb er an Rudolf Franz. „Es war Erfrischung und Stärkung und wird, so hoffe ich, bei allen, die das Heft lasen, dieselbe Wirkung tun.“<sup>47</sup> Besonders Clara Zetkins „Aufruf zur Tat“ und Rosa Luxemburgs Auseinandersetzung mit Kautsky kommentierte er mit großem Einverständnis.<sup>48</sup> Im Juni 1915 unterzeichnete Knief das von Karl Liebknecht entworfene, an die Führungsgremien der SPD gerichtete Protestschreiben oppositioneller Sozialdemokraten gegen die Burgfriedenspolitik.<sup>49</sup> Gemeinsam mit Paul Frölich besuchte Knief im August 1915 die Linksradikalen in Hamburg. Er gewann im Laufe der Zeit wesentlichen Einfluß auf deren Entwicklung, so daß es ab 1917 zu einem gewissen organisatorischen Zusammengehen der Bremer und Hamburger

---

44 SAPMO-BArch, NY 4020/11, Bl. 103, 106.

45 Ebenda, Bl. 107.

46 SAPMO-BArch, NY 4020/12, Bl. 6.

47 Ebenda, Bl. 61.

48 Siehe ebenda, Bl. 61-63.

49 Siehe Dokumente und Materialien, II/1, S. 169-173, 176.

Linken kommen sollte.<sup>50</sup> Kontakte pflegte Knief auch zu Julian Borchardts Gruppe „Internationale Sozialisten Deutschlands“, die sich um die Zeitschrift „Lichtstrahlen“ gebildet hatte. Zwischen August 1915 und März 1916 schrieb Knief unter dem Pseudonym Alfred Nußbaum vier Artikel für das Blatt.<sup>51</sup>

Endgültig genesen, konnte Knief im Oktober 1915, seine ursprünglich erwogene „Parteiämterflucht“ verwerfend, wieder in die Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“ zurückkehren und aktiv in das Geschehen im Bremer Parteiverein eingreifen. Unter seinem Einfluß entwickelte sich der Diskussionszirkel oppositioneller Bremer Sozialdemokraten, dessen Entstehung, Tätigkeit und Wirkung der Jugendgenosse Kniefs, Wilhelm Eildermann, in Tagebüchern und Briefen dokumentiert hat,<sup>52</sup> zu einer gewissen organisatorischen Vereinigung der Linksradikalen. Die Radikalen um Alfred Henke, der es ablehnte, gleich Liebknecht im Reichstag offen gegen die Kriegskredite zu stimmen, blieben diesem Kreis fortan fern. Zugleich erweiterte der Zirkel die Palette seiner Aktivitäten über die Debatten hinaus auf das Feld illegal vorbereiteter Antikriegsaktionen. Dabei ließen sich die Bremer Linken von Aktionen der Gruppe „Internationale“ inspirieren, z. B. von der durch Wilhelm Pieck organisierten Frauendemonstration vor dem Reichstagsgebäude am 28. Mai 1915.<sup>53</sup> Kniefs nervöse Ungeduld wich mehr und mehr realistischem Herangehen an die Entwicklung von Massenaktionen. Märtyrertum sei unsinnig, erklärte er, notwendig sei eine durch Aufklärung vorbereitete, durchdachte und sich steigernde Aktion.<sup>54</sup> Zunehmend trugen die Linken ihre Standpunkte auch in die Veranstaltungen der Bremer Parteiorganisation hinein und setzten von ihnen eingebrachte Resolutionen durch. Der sichtbarste Ausdruck für Kniefs neuerliches direktes Wirken in Bremen aber war, daß die „Bremer Bürgerzeitung“ im Spätherbst 1915 (natürlich unter den Bedingungen der Zensur) wieder zu einer bedeutenden Publikationsmöglichkeit für linke Autoren wurde. Es erschienen Berichte über Liebknechts Aktivitäten und ihr internationales Echo sowie Informationen über die russische Arbeiterbewegung, die sich auf Material der von Lenin in der Schweiz geleiteten Redaktion des „Sozialdemokrat“ stützten.<sup>55</sup> Knief sorgte für die Veröffentlichung mehrerer Leitartikel, in denen die Linksradikalen zu grundsätzlichen Problemen der Arbeiterbewegung Stellung nahmen. Der wohl bedeutendste von ihnen, „Sozialimperialismus und Linksradikalismus“<sup>56</sup>, wohl von Radek verfaßt und von Knief redigiert, charakterisierte den Linksradikalismus als jene Strömung in der deutschen Sozialdemokratie, die bereits vor dem Kriege versucht habe, aus den „seit dem Beginn der imperialistischen Periode eingetretenen sozialen und politischen Änderungen“ Schlußfolgerungen für Weg, Ziel und Kampfmittel der revolutionären Arbeiterbewegung zu ziehen. Dieser Aufgabe hätten die Schriften von Rosa

---

50 Siehe Engel, Entwicklung, S.218-220.

51 Siehe ebenda, S.221-223.

52 Siehe Eildermann, Jugend.

53 Siehe ebenda, S.289, 291.

54 Siehe ebenda, S. 292.

55 Siehe Engel, Entwicklung, S.246.

56 Bremer Bürger-Zeitung, 13.12.1915.

Luxemburg, Clara Zetkin, Anton Pannekoek und anderen gedient. Da die Beurteilung der Strömungen an ihrem Imperialismusbegriff und dessen Implikationen orientiert war, zog der Leitartikel nicht nur einen endgültigen Trennungsstrich gegenüber der Parteidoktrin, sondern in Verbindung mit der Kritik der Imperialismusauffassung Kautskys auch gegenüber dem sogenannten Parteizentrum. Die theoretische Grundlage für das künftige Verhalten der Bremer Linken in der Debatte des Komplexes Einheit der Partei – Spaltung der Partei – Gründung einer selbständigen Partei der Linken war formuliert.

Ähnlich deutlich äußerte sich Knief im übrigen auch in bezug auf die Entwicklung der Arbeiterjugendbewegung, zu der er sich in sieben Artikeln in der „Bremer Bürgerzeitung“ und in den „Lichtstrahlen“ äußerte und die in der Broschüre „Zur Jugendfrage“ von Alfred Nußbaum verbreitet wurden. Es ist hier nicht möglich, auf diese für Kniefs Biographie charakteristische und wesentliche Facette einzugehen. Gerd Hohendorf hat Kniefs Schrift 1984 mit Einleitung und Erläuterungen neu zugänglich gemacht.<sup>57</sup>

Knief vertrat seine Standpunkte während der illegalen Reichskonferenz der Gruppe „Internationale“ am 1. Januar 1916 in Berlin. Er teilte die in Rosa Luxemburgs Leitsätzen „Die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ dargelegte politisch-ideologische Konzeption, von der sich fortan alle linken Gruppen in Deutschland leiten ließen. Aber er bemängelte, daß die Leitsätze nicht mit der gleichen Konsequenz wie gegenüber den Rechtssozialdemokraten auch das sogenannte Parteizentrum verurteilten, das nicht bereit war, mit der Konsequenz Liebknechts gegen die Burgfriedenspolitik aufzutreten. Er forderte den Bruch mit den Rechtsopportunisten und mit jenem Flügel der sozialdemokratischen Antikriegsopposition, der von der Überzeugung ausging, man könne im Laufe der Zeit die gesamte sozialdemokratische Partei wieder auf ihre revolutionären, marxistischen Wurzeln zurückführen. Diese Haltung Kniefs führte an die Forderung nach einer eigenen Partei der Linken heran, aber es war noch nicht die Forderung selbst.

In Bremen, wo die Verfechter des Burgfriedens Anfang Januar 1916 begonnen hatten, mit der „Bremischen Correspondenz“ ein eigenes Blatt gegen die „Bremer Bürgerzeitung“ herauszugeben, gingen die Linken mit ihrem Wortführer Knief dazu über, gestützt auf die ihnen folgende Mehrheit der Mitglieder in den Parteidistrikten, die rechtssozialdemokratischen Funktionsträger sukzessive aus der Parteiorganisation zu verdrängen. Im Mai 1916 schrieb Knief in der „Bremer Bürgerzeitung“: „Es ist Tatsache, daß die Parteeinheit nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Die Spaltung wird und muß kommen. [...] Die Organisation der sozialdemokratischen Partei umfaßt heute schon gegnerische Parteien, und das Band ist nur deshalb nicht gesprengt, weil der innere Kampf noch nicht entschieden ist. Und dieser Kampf geht um die Köpfe der Parteigenossenschaft und ihre Machtmittel: den Organisationsapparat und die Presse.“<sup>58</sup> Knief verstand in dieser Situation unter

---

57 Siehe Gerd Hohendorf: Johann Knief. Zur Jugendfrage, in: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte, Bd. 24, 1984, S.120-151.

58 Bremer Bürger-Zeitung, 15.5.1916.

dem Bruch mit dem Opportunismus nach wie vor die Eroberung der Partei von innen. Er nahm im Sommer 1916 im Grunde die gleiche Haltung ein wie die Spartakusgruppe, betonte allerdings die Unvermeidbarkeit und Notwendigkeit der Spaltung wesentlich stärker. Knief hob beide Aspekte hervor. Einerseits erklärte er, die „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ – unter diesem Namen traten die Bremer Linken zeitweilig gemeinsam mit der Gruppe um Julian Borchardt auf – und die Gruppe „Internationale“ seien nicht identisch. Beide stünden zwar im Gegensatz zur inzwischen gebildeten „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“, aber Spartakus habe sich erst später von der zentristischen Opposition gelöst. Andererseits unterstrich Knief als eine der wesentlichen Gemeinsamkeiten beider Gruppen, daß sie „im Rahmen der gegebenen Organisationen“ arbeiten, „solange es ihnen nicht durch die Tyrannei der Parteibürokratie unmöglich gemacht wird. [...] Wie weit die beiden Gruppen noch einmal zu selbständigem organisatorischen Dasein gedeihen werden, hängt gewiß ganz von der Entwicklung der Parteiverhältnisse ab.“<sup>59</sup>

Unterdessen verstärkte sich die Zusammenarbeit beider Gruppen in dem Bestreben, die auf den Übergang zu größeren Massenaktionen gegen den Krieg gerichteten Beschlüsse der Reichskonferenz der Spartakusgruppe vom März 1916 gemeinsam zu verwirklichen. Ernst Meyer kam nach Bremen und führte mit Knief darüber Gespräche. Alle Aktionen der Arbeiter in Bremen folgten Losungen der Spartakusgruppe und waren mit der Verbreitung ihrer Flugblätter und -schriften vorbereitet. Das gilt für den 1. Mai 1916, die Aktionen für die Befreiung Karl Liebknechts, die Frauenproteste gegen die Lebensmittelnot und nicht zuletzt für den ersten Streik auf der Weser-Werft seit Kriegsbeginn.<sup>60</sup> Der deutlich wachsende Einfluß der Linken veranlaßte nicht nur die Staats- und Militärbehörden zu schärferen Unterdrückungs- und Zensurmaßnahmen, sondern auch die Parteiinstanzen zu Schritten, mit denen der Einfluß der Linken gebrochen werden sollte. Der zur „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ gehörende Chefredakteur der „Bremer Bürgerzeitung“, Alfred Henke, sagte den Linken den Kampf an und nahm ihnen im Einvernehmen mit dem Berliner Parteivorstand die Möglichkeit, das Blatt als Mittel der Aufklärung zu nutzen.

#### *Herausgeber der Wochenschrift „Arbeiterpolitik“*

Knief antwortete am 24. Juni 1916 mit der erstmaligen Herausgabe eines eigenen Organs der Linken, der „Arbeiterpolitik. Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“.<sup>61</sup> Damit entstand das einzige legale Periodikum der deutschen Linken während des ersten Weltkrieges, nie verboten, weil es die Behörden aus Gründen der Überwachung der Linken für nützlich hielten.<sup>62</sup> Mit diesem Blatt hatten die Bremer Linken und vor allem Knief als sein Redakteur nunmehr die Möglichkeit, ihre

---

59 Bremer Bürger-Zeitung, 16.6.1916.

60 Siehe Engel, Johann Knief, S.26f.

61 Arbeiterpolitik. Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus, unveränderter Neudruck mit einer Einleitung von Gerhard Engel, Leipzig 1975.

62 Siehe Kurt Koszyk: Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958, S.75, 228.

Auffassungen – allerdings unter Berücksichtigung der Zensurbestimmungen – öffentlich zu verbreiten und, je mehr das Blatt in Nordwestdeutschland, in anderen Hochburgen der deutschen Linken, bei Soldaten und Matrosen sowie im Ausland bekannt wurde, weithin zu propagieren. Zentrales politisches Thema der Wochenschrift war 1916 der von den Bremer Linken für notwendig erachtete organisatorische Bruch mit der Partei des 4. August. Unablässig appellierte die „Arbeiterpolitik“ an die Spartakusgruppe, dieses Thema gleichfalls offen zu erörtern, um den revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung von der unausweichlichen Notwendigkeit zu überzeugen, sich von der alten Partei zu trennen. Dieses Drängen zeigt die Gruppe um Knief als die früheste Vorreiterin der späteren Gründung der KPD. Sie nahm damit die Intentionen Lenins auf, der seit dem Zusammenbruch der II. Internationale den vollständigen Bruch mit dem Opportunismus forderte.<sup>63</sup> Die meisten Grundsatzartikel zum Thema sandte Karl Radek aus Lenins Schweizer Asyl nach Bremen, wo sie Knief und Eilder mann redigierten und als ihren Standpunkt druckten. Ihre Argumentationen über den Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus in der Arbeiterbewegung waren weitgehend an Lenins Schriften „Der Zusammenbruch der II. Internationale“ und „Sozialismus und Krieg“ angelehnt. Scharfe Kritik übte die „Arbeiterpolitik“ am Beharren der SAG auf einer rein parlamentarischen Taktik. Eine sozialistische Parlamentsfraktion müsse die ihr gebotene Tribüne für die Aufklärung über ihre perspektivischen Ziele nutzen und zugleich für Arbeiterinteressen kämpfen, die auch durch Reformen befriedigt werden können. Dazu aber müsse sich die Fraktion auf die außerparlamentarischen Aktionen der Arbeiter stützen: „Der Kampf der Fraktion im Parlament und die Willenskundgebungen der Arbeiter müssen sich so gegenseitig stützen und fördern.“<sup>64</sup> Während sich in dieser Position eine Absage an sektiererischen Antiparlamentarismus zeigte, druckte die „Arbeiterpolitik“ aber auch von Lenin heftig kritisierte Auffassungen Radeks und Nikolai I. Bucharins, die Teilschritte im Kampf gegen den Imperialismus geringschätzten, ausschließlich auf das sofortige Erreichen des Sozialismus orientierten und dabei die notwendige Klarheit über die Einheit von Demokratie und Sozialismus behinderten.<sup>65</sup>

Als Konsequenz aller Auseinandersetzungen mit dem Opportunismus in Theorie und Praxis erwog die „Arbeiterpolitik“ im August 1916 erstmalig eindeutig die „Möglichkeit und Notwendigkeit der Aufrichtung eines eigenen Hauses für den proletarischen Sozialismus, der Schaffung einer sozialistischen Partei, die die Politik des Linksradikalismus führen wird.“<sup>66</sup> Knief intensivierte seine Bemühungen, die verschiedenen linken Gruppen zusammenzuführen und ihnen eine provisorische Leitung zu geben. Als den Kern eines solchen Zusammenschlusses sah er uneingeschränkt die Spartakusgruppe.<sup>67</sup> Aber auch zu dieser Zeit gab es keine Forderung Kniefs nach einer Parteigründung der Linken. Er orientierte nach wie vor

---

63 Siehe Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S.126f; Bd. 35, Berlin 1962, S.181f.

64 Arbeiterpolitik, 12.8.1916.

65 Siehe Engel, Johann Knief, S.37-39.

66 Arbeiterpolitik, 26.8.1916.

67 Siehe Arbeiterpolitik, 26.8.1916.

wie die Spartakusgruppe auch auf ein Verbleiben in der SPD, auf die Gewinnung ihrer Mitglieder für die Auffassungen und Aktionen der Linken. In Bremen sollte dies sehr bald gelingen. Die überwältigende Mehrheit der sozialdemokratischen Parteiorganisation sperrte dem Parteivorstand am 1. Dezember 1916 die Parteibeiträge. Wenige Tage danach schloß der Parteivorstand den gesamten Sozialdemokratischen Verein Bremen aus der SPD aus. Die Minderheit bildete einen neuen Ortsverein. Unter Ausnutzung seiner finanzielle Anteile am Bremer Parteizeitungsunternehmen bemächtigte sich der Parteivorstand der „Bremer Bürgerzeitung“. Chefredakteur Henke wurde ausgewechselt, blieb aber Mitglied der Redaktion; Redakteur Knief wurde am 6. Dezember 1916 entlassen.<sup>68</sup> Die organisatorische Trennung zwischen Rechtsopportunisten und Parteioptionen war damit in Bremen vollzogen. Der Sozialdemokratische Verein Bremen gehörte nicht mehr zur SPD. Die Linksradikalen verfügten in der ausgeschlossenen Organisation über die Mehrheit. Sie stellten den Vorsitzenden. Bei der Wahl eines Delegierten für die von der SAG für den 7. Januar 1917 nach Berlin einberufene Reichskonferenz der Parteioptionen gewann Knief das Mandat mit 250 gegen 181 Stimmen für Henke.<sup>69</sup> Unzufrieden mit den Ergebnissen dieser Konferenz forderte Knief nach dem am 16. Januar 1917 verfügten Ausschluß der SAG und ihrer Anhänger aus der SPD die Linken dazu auf, „jetzt, trotz aller äußeren Ungunst der Verhältnisse, die Konstituierung der eigenen Partei in die Hand zu nehmen.“<sup>70</sup> Nun verwarf er den Gedanken, mit der Bildung der Partei zu warten, bis sich die Mehrheit der oppositionellen Arbeiter zu den Auffassungen der Linken bekannt hätte. Knief veröffentlichte eine Resolution „zur Verständigung der Linksradikalen untereinander“, die im wesentlichen drei Thesen enthielt: 1. Die durch die Politik des 4. August herbeigeführte Spaltung der Sozialdemokratie ist irreversibel. 2. Die Anerkennung dieser endgültigen Spaltung bedeutet die Notwendigkeit, die „oppositionellen Organisationen und Gruppen zu einer neuen, proletarischen Partei“ zusammenzufassen. 3. Der Bildung der Partei soll eine gründliche Vorbereitung vorausgehen. Wenn eine Einigkeit unter den oppositionellen Gruppen über die „Fragen, die mit der Lage der Arbeiterklasse in der Epoche des Imperialismus“ zusammenhängen, erzielt worden ist, soll eine Konferenz der linken Opposition die neue „Internationale Sozialistische Partei Deutschlands“ konstituieren.<sup>71</sup> Die Federführung sah Knief bei der Spartakusgruppe. Ihre Aufgabe werde es sein, „die Vorarbeiten zur Zusammenfassung aller linksradikalen Elemente zu einer Vorbesprechung zu übernehmen. Damit würde auch der Bildung einer neuen Partei der Linksradikalen am besten vorgearbeitet werden [...]“.<sup>72</sup>

Am 16. Februar 1917 traf sich Knief in der Berliner Wohnung von Käthe und Hermann Duncker mit Leo Jogiches, um die Spartakusführung für seine Parteipläne zu gewinnen. Käthe Duncker berichtete: „Erregte Debatte, ob man nur zwei oder

---

68 Siehe Dokumente und Materialien, II/1, S.511-517.

69 Siehe Vorwärts, 13.1.1917.

70 Arbeiterpolitik, 10.2.1917.

71 Arbeiterpolitik, 24.2.1917.

72 Ebenda.

gleich drei Teile macht, wenn einmal geteilt werden muß. Frankfurt und Bremen sind für die Dreizahl, Berlin und Leipzig für die Zweizahl.<sup>73</sup> Knief sah sich in seiner Position bestärkt, als die Februarrevolution in Rußland als Initialzündung für gesteigerte Antikriegsaktionen nicht nur in Bremen wirkte.

Er sah einen unmittelbaren Zusammenhang „der gesamten zukünftigen Revolution in Rußland“ mit dem „selbständigen Auftreten der Bolschewiki“<sup>74</sup>. Nun werde es auch ein internationales Gebot der Stunde, in Deutschland eine linksradikale Partei zu gründen. Mit der Knief stets eigenen Rigorosität erklärte er, die Mitgliedschaft von Linken in einer Partei des Zentrums sei „Selbstmord“ der Linksradikalen in Deutschland und „Verrat“ nach außen. Deshalb würden die Bremer Linken „der Zentrumspartei in keiner, auch nicht der losesten Form beitreten, die ihr beitretenden Linksradikalen aber bekämpfen.“<sup>75</sup> Und so geschah es auf der Vorkonferenz der Linken und auf dem Gründungsparteitag der USPD in Gotha im April 1917. Knief und die Seinen gingen auf Distanz zu Spartakus.

Für Monate herrschte eine gewisse Konfusion über das „Wie weiter?“ Die Forderung nach einer selbständigen Partei der Linken trat in den Hintergrund. In der „Arbeiterpolitik“ entwickelten sich widersprüchliche Auffassungen zur künftigen Organisation der Arbeiterbewegung. Einerseits wurde die Parole „Heraus aus den Gewerkschaften!“ zurückgewiesen und verlangt, daß die Linken „in den Gewerkschaften der vorwärtstreibende Teil“ sein müßten,<sup>76</sup> andererseits erschienen Forderungen nach Beseitigung der alten Gewerkschaftsorganisationen. Von Knief unwidersprochen druckte die „Arbeiterpolitik“ im April 1917 eine Resolution der Hamburger Linksradikalen, in der es hieß, „daß es in Zukunft keine in Partei und Gewerkschaften getrennte zweiseitige Arbeiterbewegung geben darf. Sie [die Hamburger Linken] vertreten mit Nachdruck den Gedanken der Einheitsorganisation und werden gerade in diesem Sinne wirken.“<sup>77</sup>

Kurz darauf verlor Knief seinen beherrschenden Einfluß auf die „Arbeiterpolitik“.

### *Illegalität in München*

Drohende Verhaftung, die Möglichkeit der Wiedereinberufung zum Militär oder Flucht aus seiner zerrütteten Ehe, aber wahrscheinlicher die Summe dieser Motive veranlaßten Knief, mit seiner Lebensgefährtin Charlotte Kornfeld Bremen zu verlassen und in die Illegalität zu gehen. Über Berlin, Düsseldorf, Aachen, Hamborn, Duisburg, Dortmund und Krefeld führte ihr Weg nach Bayern, wo Knief unter den Decknamen Franz Müller und Dr. Brandt mit Unterstützung Erich Mühsams bei dem Bildhauer Ludwig Engler Unterschlupf fand. Über die Adresse des Berliner Anwalts von Charlotte Kornfeld hielt er weiter den Kontakt nach Bremen und zu vielen anderen Gesinnungsgenossen. Für die „Arbeiterpolitik“ schrieb er weiter

73 Zit. nach: Engel, Johann Knief, S.54.

74 Arbeiterpolitik, 14.4.1917.

75 Arbeiterpolitik, 31.3.1917.

76 Siehe Arbeiterpolitik, 10.3.1917, 24.3.1917.

77 Arbeiterpolitik, 21.4.1917.

unter dem Pseudonym Peter Unruh.<sup>78</sup> Für seine mentale Situation in dieser Zeit ist ein Brief vom 10. Juni 1917 an seine Bremer Genossen charakteristisch, in dem er seinen Weggang aus Bremen rechtfertigt und zugleich seine Enttäuschung über die „Schmach von Gotha“ und das Ausbleiben eines revolutionären Aufbegehrens gegen den Krieg und zur Unterstützung der russischen Revolution geradezu herauschreit: „Die deutsche Arbeiterklasse vor allen hatte die Pflicht, die russische Revolution über den Westen weiterzuleiten. Sie ist es, die durch ihren Kriegseifer täglich und stündlich den schnödesten Verrat an den russischen Revolutionären übt [...]. Die deutsche Arbeiterklasse hat bewiesen, daß sie in keiner Hinsicht den Aufgaben der Zeit gewachsen ist; ohne jede Spur revolutionärer Energie, ist sie zum willfähigen Werkzeug der niederträchtigsten Reaktion geworden. Sie ist es, die die Kerkerluft, in der alles Leben in Deutschland erstickt, zur Unerträglichkeit vermufft hat. An ihrer Untätigkeit scheitern alle Versuche der besten unter den deutschen Sozialisten zur Weckung des proletarischen Klassenbewußtseins.“<sup>79</sup> Hier ist sie wieder, jene Übersensibilisierung, die eben noch geäußerten Kampfesmut in tiefen Pessimismus mit ungerechtem Urteil umschlagen läßt und nahe an einen erneuten Nervenzusammenbruch heranführt. Der Brief verrät aber auch Wesentliches über Kniefs Parteivorstellungen. Er habe mit Entsetzen feststellen müssen, daß sich der Kampf um die neue Richtung in Bremen auf die Formel „Hie Henke – Hie Knief“ zugespitzt hatte. Es bedeute „den Ruin der linksradikalen Bewegung, wenn sie von vornherein auf das Dasein einzelner Personen eingestellt ist. Dies ist es ja gerade, was wir an der Gruppe „Internationale“ immer wieder bekämpfen, die eine reine Führerbewegung nach altem Muster darstellt [...]. Ihr müßt euch selbst durchhauen [...]. Erst wenn ihr selbst euch helfen könnt, ist eure Bewegung gesund und wirklich revolutionär [...], wir werden euch theoretisch und taktisch helfen [...]. Aber eure Führer müßt ihr selbst sein und wir werden von euch lernen, wie ihr von uns lernen könnt.“<sup>80</sup>

Erst die russische Oktoberrevolution ließ ihn neuen Mut schöpfen. Er begrüßte den Sieg der Bolschewiki enthusiastisch. Von München aus verbreitete er eine „Korrespondenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands“ unter dem Titel „Die Rote Fahne“, in der unter der Überschrift „Was die russische Revolution von den deutschen Arbeitern fordert. Von Karl Liebknecht redivivus“ zur Revolution in Deutschland aufgerufen wurde. Mehrere Artikel in der „Arbeiterpolitik“ im Dezember 1917 und Januar 1918 widmete er der Würdigung der russischen Revolution und ihren Konsequenzen für die deutsche Arbeiterbewegung.<sup>81</sup> In dem Aufsatz „Eine dringende Notwendigkeit“<sup>82</sup> nahm Knief seine Forderung nach Gründung einer selbständigen Partei der Linken wieder auf und appellierte an

---

78 Über die Zeit der Illegalität Johann Kniefs siehe Engel, *Entwicklung*, S.349-378; *Schwarzwälder*, Johann Knief, S.186f.

79 SAPMO BArch, NY 4004/1, Bl. 4.

80 Ebenda, Bl. 3.

81 Siehe Engel, *Johann Knief*, S.68-70.

82 Siehe *Arbeiterpolitik*, 15.12.1917, Nachdruck in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Reihe II, Bd. 2, Berlin 1957, S.43-47, hier S.47.

„unsere Freunde aus der Gruppe ‚Internationale‘“, sich unverzüglich von der USPD zu lösen und eine eigene Partei zu bilden.

Doch persönliche Teilnahme an der Vorbereitung der Revolution und der Herausbildung einer linksradikalen Partei blieb Knief versagt. Am 30. Januar 1918 wurde er in München verhaftet, um ihn „wegen seiner die Sicherheit des Reiches gefährdenden linksradikalen journalistischen Betätigung unschädlich zu machen.“<sup>83</sup> Die bayerischen Behörden überstellten ihn nach Berlin, wo er als Schutzhäftling in der Berliner Stadtvogtei bzw. in einer Nervenklinik im Berliner Westend weitgehend von den Kämpfen und Entwicklungen der Arbeiterbewegung isoliert war. Er korrespondierte mit Charlotte Kornfeld, die im Frauengefängnis Barnimstraße gefangengehalten wurde und 1920 Kniefs Briefe aus dem Gefängnis drucken ließ, er las Marx, Goethe, Schiller, Zola, Gorki, Strindberg, Cervantes, Euripides und begann Studien über Ferdinand Lassalle und Karl Marx sowie über die Geschichte der Sozialdemokratie. Erst der 9. November 1918 brachte ihm und seiner Gefährtin die Freiheit zurück.

### *Novemberrevolution*

Am 18. November 1918 traf Knief wieder in Bremen ein. Dort hatte die Revolution, geleitet durch einen Arbeiter- und Soldatenrat, der unter Vorsitz Alfred Henkes mehrheitlich aus Mitgliedern der USPD und Linksradikalen bestand, bereits beträchtliche Erfolge erzielt. Knief, von den Arbeitern begeistert begrüßt, sprach noch am gleichen Abend in einer überfüllten Volksversammlung. Es kann hier nicht der Verlauf der Revolution in Bremen nachgezeichnet werden, nicht einmal die extrem kräftezehrenden Aktivitäten Kniefs in den folgenden Wochen. Knief trat als Volkstribun auf, der die Arbeiter Bremens zunehmend für seine entschiedenen Forderungen gewann, die einzig und allein darauf hinausliefen, so schnell und so radikal wie möglich die erreichten demokratischen Fortschritte durch die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu garantieren. Verhinderung der Wahlen zu einer Nationalversammlung, Ausweitung der Rätemacht, Bewaffnung der Arbeiter, Übernahme der Betriebe durch die Belegschaften, Weitertragen der Revolution nach Westen, das waren die Hauptthemen seiner zahlreichen Reden.<sup>84</sup> Unter dem Eindruck der in Bremen vorwärtsstürmenden revolutionären Bewegung und um dieser den Weg für den Übergang zur proletarischen Revolution zu weisen, schrieb Knief Ende November/Anfang Dezember 1918 als Peter Unruh die Broschüre „Vom Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bis zum Beginn der proletarischen Revolution“. Sie wurde in 100.000 Exemplaren im ganzen Reich verbreitet. Die bisherigen Ergebnisse der Revolution schätzte er als gering ein. Mit der Etablierung einer bürgerlich-demokratischen Republik seien sie jederzeit widerrufbar. Der Reformteil des Erfurter Programms lasse sich nicht auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft verwirklichen. Sein Fazit: Reinigung der Arbeiterräte von allen opportunistischen Elementen und Vorantreiben der

---

83 BArch, R 3003, J 205, 18, Bl. 24.

84 Siehe Engel, *Entwicklung*, S.394-416; Kuckuk, *Bremen in der deutschen Revolution*, S.89-111.

Massenbewegung bis zur sozialistischen Revolution. Ein Arbeiterrat, der sich auf alle Schichten des Proletariats stütze, könne nicht aktionsfähig sein.<sup>85</sup> Knief hielt es für möglich, die sozialistische Revolution durch eine besonders kampfbereite und geschulte Minderheit der Arbeiterklasse zu erzwingen. Er orientierte auf die Einengung der Basis der Rätebewegung, eine eindeutig sektiererische Position. Wie viele Linke in den stürmischen November- und Dezembertagen des Jahres 1918 war auch Knief in jener „heroischen Illusion“ befangen, man könne einen dritten vor dem zweiten Schritt tun.

Die strategisch-taktischen Auffassungen Kniefs bestimmten weitgehend die Haltung aller linksradikalen Gruppen, die sich im Dezember 1918 als „Internationale Kommunisten Deutschlands“ (IKD) vereinigten. Bereits am 23. November hatte die Mitgliederversammlung der Bremer Linken auf Vorschlag Kniefs beschlossen, sich fortan IKD, Gruppe Bremen, zu nennen.<sup>86</sup> Der Parteiname solle angesichts der Diskreditierung des Namens Sozialdemokratie und der Unzulänglichkeit des Begriffs Linksradikalismus ausdrücken, daß „wir uns wieder zurückfinden zu dem Meister des wissenschaftlichen Kommunismus“.<sup>87</sup> Knief wurde auch der Chefredakteur der Tageszeitung der IKD „Der Kommunist“. Ihre erste Nummer übertraf noch die Fehleinschätzung des Beginns der Novemberrevolution durch Knief als Militärputsch, indem festgestellt wurde, die Novemberbewegung sei lediglich eine Bewegung gegen *jeden* Krieg, gegen *jeden* Kampf und für *irgendeinen* Frieden gewesen, und wörtlich: „Und in diesem ihrem Wesen war sie somit von Anfang an konterrevolutionär.“<sup>88</sup> Die Bewegung sei vor allem deshalb konterrevolutionär gewesen, weil sie unter der Parole „Frieden“ und „Demokratie“ gestanden habe. Ein erklärbares, aber verhängnisvolles Mißtrauen gegenüber Demokratie und demokratischen Losungen gipfelte in dem Satz: „Wir aber wollen keine Demokratie. Der Diktatur des Großgrundbesitzes, der Schwerindustrie und der Großfinanz [...] wollen wir die Diktatur [...] des industriellen Proletariats entgegenstellen.“

Von diesen Positionen war auch die Reichskonferenz der IKD vom 15.-17. Dezember 1918 in Berlin getragen. Nach einem Referat von Knief forderte die „Grundsätzliche Erklärung“ „die unmittelbare Herbeiführung des Kommunismus“ als Nahziel. Die Diktatur des Proletariats, die sofort zu errichten sei, wurde als das Prinzip der Gewalt einer Minderheit der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie verstanden.<sup>89</sup>

Nach Zögern auf beiden Seiten, dessen Ursachen hier nicht erörtert werden können, vereinigten sich der Spartakusbund und die IKD am 31. Dezember 1918 zur Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).<sup>90</sup> Johann Knief, seit Jahren

---

85 Siehe Peter Unruh: Vom Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bis zum Beginn der proletarischen Revolution, Berlin 1919, S.25.

86 Siehe Dokumente und Materialien, II/2, S.456-458.

87 Dokumente und Materialien, II/2, S.457.

88 Der Kommunist (Bremen), 30.11.1918.

89 Siehe Dokumente und Materialien, II/2, S.610.

90 Siehe Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919, hrsg. u. eingeleitet von Hermann Weber, Berlin 1993.

Vorkämpfer für das Zustandekommen einer selbständigen Partei der deutschen Linken und so de facto einer der führenden Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), war nicht dabei. Nach dem ersten Reichsrätekongreß, der die Abhaltung von Wahlen zu einer Nationalversammlung beschlossen hatte, setzte sich Knief für die Beteiligung der Linken an diesen Wahlen ein. Sein ungestümes und kompromißloses Draufgängertum beim Weitertreiben der Revolution verschloß ihm nicht den Blick auf die Realitäten, auf die sich vermindern den Chancen, die Revolution in einem geradlinigen Aufgalopp voranzutreiben. Die übergroße Mehrheit der Bremer Kommunisten und nach ihnen auch die Reichskonferenz der IKD beschlossen, die Wahlen zur Nationalversammlung zu boykottieren. Knief dagegen empfahl die Teilnahme. Er sah in der Möglichkeit, eine Nationalversammlung einzuberufen, einen Beweis der Stärke der Konterrevolution und umgekehrt den Beweis dafür, daß „noch nicht genügende Garantien dafür“ gegeben seien, „daß die Arbeiterschaft für die letzte große Auseinandersetzung schon gerüstet ist.“ Und er fügte hinzu: „Je gründlicher die Arbeiterschaft für den großen schweren Kampf vorbereitet ist, und zwar materiell, intellektuell, organisatorisch und moralisch, desto günstiger sind ihre Aussichten auf den Sieg. Je überhasteter sie sich jedoch in Kämpfe verwickelt, desto günstiger sind die Aussichten für die Reaktion, Verwirrung in die Reihen der Arbeiter zu tragen und ihre Schwäche auszunutzen [...].“ Es genüge nicht, Argumente des Gegners im Tumult zu ersticken, sie müßten widerlegt werden. Die Kommunisten hätten „bei allen Kundgebungen und Demonstrationen dafür zu sorgen, daß nur für ganz bestimmte Ziele demonstriert wird, die auch unmittelbar erreichbar sind. Sie haben jede Demonstration in die blaue Luft hinein zu verhindern.“<sup>91</sup> Auf dem Gründungsparteitag der KPD hätte Knief mit Sicherheit in der Auseinandersetzung mit dem Sektierertum, die sich an der Debatte über die Teilnahme der Partei an den Wahlen besonders entzündete, an der Seite von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Paul Levi, Käte Duncker und Fritz Heckert gestanden, die jedoch dem Boykott-Antrag Otto Rühles unterlagen.<sup>92</sup> Die IKD jedoch hatten ihre Parteitagsdelegierten mit sogenannten gebundenen Mandaten von vornherein auf die Ablehnung der Wahlbeteiligung festgelegt. Knief konnte folglich seine Wahl als Delegierter zum Gründungsparteitag der KPD nicht annehmen, er stand damit auch nicht für die Wahl in die Zentrale der KPD zur Verfügung.<sup>93</sup> Den Parteitag begrüßte er mit einem Artikel im „Kommunist“, in dem er die gleichen sozialen Wurzeln und politischen Ziele aller deutschen Linken betonte und hervorhob, daß „praktisch, in den revolutionären Aktionen, nie die geringste Differenz zwischen den beiden Gruppen hervorgetreten“ sei.<sup>94</sup>

Anfang Januar 1919 erkrankte Knief schwer an einer Blinddarmentzündung. Vom Krankenbett riet er seinen Genossen angesichts der Berliner Januarkämpfe, nicht zu versuchen, in Bremen eine isolierte Machtübernahme durch das Proletariat

---

91 Der Kommunist (Bremen), 24.12.1918.

92 Siehe Die Gründung der KPD, S.135.

93 Siehe Engel, Entwicklung, S.431f.; Die Gründung der KPD, S.36, 41.

94 Der Kommunist (Bremen), 1.1.1919.

herbeizuführen.<sup>95</sup> Am 10. Januar 1919 wurde der Bettlägerige in den Rat der Volkskommissare der gerade ausgerufenen Bremer Räterepublik gewählt. Knief mußte sich einer wohl zu spät erfolgenden Operation unterziehen, von der er sich, durch Krieg, Illegalität, Haft und schonungslosen Einsatz in den Wochen der Revolution geschwächt, nicht mehr erholen sollte. Vor der Division Gerstenberg wurde Knief in Worpswede bei dem Maler Heinrich Vogeler in Sicherheit gebracht. Danach in Bremen noch mehrmals operiert, starb er am 6. April 1919. Die Trauerfeier wurde zu einer beeindruckenden Würdigung Kniefs durch die Bremer Arbeiter und Abordnungen aus vielen deutschen Städten.

Kniefs Lebenskreis schloß sich in einer Schlüsselsituation für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung und ihren nunmehr zur Partei konstituierten linken, kommunistischen Flügel.

Welchen Platz er wohl in den Kämpfen der Folgezeit eingenommen hätte, ob er ein demokratischer Sozialist oder ein Parteikommunist stalinistischer Prägung geworden wäre, gehört in das Reich der müßigen Spekulationen. In seinem zu kurzen Leben waren durchaus widersprüchliche Entwürfe angelegt.

Knief lobte das Vorbild der Bolschewiki, aber er präferierte für die eigenständige Partei der deutschen Linken keineswegs die Leninsche Partei neuen Typus, sondern hatte eine weitgehend föderalistische Parteistruktur im Auge. Damit und mit seiner betonten Reserviertheit gegenüber einer herausgehobenen Rolle der Führer erteilte er dem Prinzip des sogenannten demokratischen Zentralismus eine Absage. Knief war bis ins letzte kompromißlos, egal, ob es sich um das Vertreten seiner Anschauungen handelte oder um ihre Korrektur, ob er optimistisch urteilte oder in Pessimismus verfiel. Knief war ein grüblerischer, mit dem Erreichten stets unzufriedener, sehr sensibler und deshalb auch von Stimmungen abhängiger, aber ständig suchender, also eigentlich ein ganz normaler Mensch, normal in seinen Widersprüchlichkeiten. Als er die Gebrechen und Ungerechtigkeiten der Kapitalgesellschaft gleichsam als körperliche und psychische Qual empfand, stellte er sein Leben bedingungslos und rigoros in den Dienst der Entrechteten. Er war ein unbestechlicher Antimperialist und Antimilitarist. Er blieb zeitlebens ein entschiedener demokratischer Schulreformer, ein hochgebildeter Lehrer, auch in der Art, wie er in der Arbeiterjugendbewegung und in der Bildungs- und Kulturarbeit der Sozialdemokratie agierte.

Es gibt keinen Grund, Knief mit einem Urteil zu feiern, das 1949 in einer Jubiläumsschrift der KPD zu lesen war: „Kniefs Stärke lag nicht nur darin, die jeweilige Lage glasklar zu erkennen, auch die sich daraus entwickelnden Konsequenzen und Aufgaben für das Proletariat entwickelte er mit meisterhafter Dialektik.“<sup>96</sup> Diese Knief überfordernde wie überschätzende Beurteilung fand anfänglich auch Eingang in die DDR-Historiographie über die Arbeiterbewegung. In

<sup>95</sup> Siehe Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929, S.339.

<sup>96</sup> 1919-1949. 30 Jahre Kommunistische Partei Deutschlands. Hrsg. von der Landesleitung der KPD Bremen, o. o. J., S.10.

den späten fünfziger und in den sechziger Jahren, als die offizielle Parteigeschichtsschreibung die absolute Hegemonie der Spartakusgruppe um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in der Antikriegs- und Arbeiterbewegung des ersten Weltkrieges und in der Vorgeschichte der KPD hervorhob, trugen die überlebenden Mitglieder der Spartakusgruppe und der Bremer Linken ihre vor allem auf die Arbeiterjugendbewegung im ersten Weltkrieg bezogenen Meinungsverschiedenheiten von damals mit großer Erbitterung zum zweiten Male aus. Es obsiegten jene, welche die Bremer Linksradikalen und Johann Knief nicht verleugneten, ihnen aber deutlich einen Platz hinter der Spartakusgruppe mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zuwiesen. Nach meiner Dissertation von 1966 gab es in der DDR-Geschichtswissenschaft keine weiteren Forschungen über Johann Knief und seine politische Gruppierung, über eine der interessantesten Gestalten jenes Prozesses, in dem sich die linke Strömung in der deutschen Sozialdemokratie formierte, mit außerordentlicher Aufopferung gegen den imperialistischen Krieg kämpfte und nach einer grundlegenden Alternative zu jener Gesellschaft suchte, die den Krieg hervorgebracht hatte.

Die Gründung der KPD war das Werk einer durchaus pluralistischen Kampfgemeinschaft von Linken. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, Wilhelm Pieck, Ernst Meyer, Paul Lange, August Thalheimer, Fritz Heckert, Hugo Eberlein, Paul Levi, Käthe und Hermann Duncker, Jacob Walcher, Paul Frölich – jeder Name steht für Eigenständigkeit, für individuelle Auffassungen über die Wege zum Ziel. Ihre politischen Entwicklungen und Schicksale beweisen dies eindringlich. Entkleidet man die Nachrufe von 1919 der euphorischen Übertreibungen, dann bleibt zu sagen: Johann Knief war einer aus dieser ersten Reihe.